

Politikempfehlungen des VI. Deutsch-Koreanischen Juniorforums

4.–6. Juli 2017, Fulda

Vom 4. bis zum 6. Juli 2017 haben sich 28 Studierende aus Deutschland und Korea im Rahmen des sechsten Deutsch-Koreanischen Juniorforums im Stadtschloss Fulda getroffen. Dort haben sie sich mit den Themen 1) Jugendarbeitslosigkeit, 2) Atompolitik, 3) Sexismus und Diskriminierung und 4) Wirtschaftsdemokratie auseinandergesetzt. Als Ergebnis der Diskussionen wurden folgende Politikempfehlungen erarbeitet.

1. Jugendarbeitslosigkeit

Die Teilnehmer*innen des Juniorforums berieten sich in Fragen der Jugendarbeitslosigkeit und verorteten die Gründe hierfür primär in Defiziten in den Bereichen Bildung und Sozialwesen.

Aus bildungspolitischer Perspektive betrachtet unterscheidet sich der Kern des Problems der Jugendarbeitslosigkeit in beiden Ländern voneinander. Im Falle Südkoreas lässt sich der Anstieg der Arbeitslosenrate auf die durch die im Zuge der Industrie 4.0 eingetretenen Änderungen der Beschäftigungsstruktur zurückführen, während sich die Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland aus einem hohen Bildungsniveau einerseits und einem steigenden Desinteresse für praxisorientierte Ausbildung andererseits ergibt. Die Teilnehmer*innen empfehlen, dass in Korea ansatzweise durchgeführte Programme, die logisches und kreatives Denken fördern, in das staatliche Bildungswesen integriert werden, um somit an der Schaffung vielfältiger neuer Berufe beizutragen. Die Regierung Deutschlands sollte ihre Bürger*innen ermutigen mit einer Berufsausbildung zu beginnen, und weitere finanzielle Mittel zur Unterstützung junger Arbeitsloser zu Verfügung zu stellen. Bezüglich des Sozialwesens besteht in beiden Ländern das Problem, dass körperliche Arbeit in der Gesellschaft eine Abwertung erfährt. Die Teilnehmer*innen empfehlen, dass die deutsche Bundesregierung die Bedingungen für Teilzeitangestellte verbessert und für eine

positive Neubewertung physischer Arbeit sorgt. Darüber hinaus empfehlen wir der südkoreanischen Regierung, den Jugendlichen, denen es nicht möglich ist zu arbeiten, finanzielle Unterstützung, wie die Zahlung von Vergütungen, zu gewährleisten.

2. Atompolitik

Die Teilnehmer*innen begrüßen den jüngst getroffenen Beschluss der südkoreanischen Moon Jae-in-Regierung zum Atomausstieg und zur Förderung erneuerbarer Energien. Zugleich nehmen wir einige wichtige damit einhergehende Herausforderungen wahr, insbesondere die Herstellung und Aufrechterhaltung eines gesellschaftlichen Konsenses bezüglich der Energiewende. Dazu ist neben umfangreicher gesamtgesellschaftlicher Bildungs- und Aufklärungsarbeit die Gewährleistung von umfassender Transparenz des Ausstiegsprozesses essenziell für sein Gelingen. In diesem Zusammenhang empfiehlt das Juniorforum die folgenden drei Initiativen: die Einsetzung einer paritätisch besetzten Ethikkommission, die Einrichtung eines Netzwerkes aus regionalen und nationalen Vertretern aus den Bereichen Politik, Wirtschaft und (Zivil-)Gesellschaft sowie die Etablierung eines unabhängigen Monitoring-Prozesses.

In Deutschland wurde der Atomausstieg zwar bereits 2011 beschlossen, dennoch sind maßgebliche Herausforderungen wie insbesondere die sensible Frage der Endlagerung noch nicht abschließend gelöst. Um den in Deutschland existierenden gesellschaftlichen Konsens im Hinblick auf die Energiewende nicht zu gefährden, muss der Entscheidungs- und Umsetzungsprozess in dieser Frage demokratisch und transparent gestaltet werden.

Angesichts der Tatsache, dass Deutschland in der Frage der Energiewende wichtige Erfahrungen gesammelt hat, sehen wir die Bundesrepublik nicht nur in besonderer nationaler, sondern auch internationaler Verantwortung. Vor diesem Hintergrund empfiehlt das Juniorforum vor allem einen systematischen Erfahrungsaustausch und eine enge Kooperation zwischen Deutschland und Korea in Bezug auf die Energiewende. Dadurch

könnte nicht nur den gemeinsamen Herausforderungen effektiver begegnet, sondern auch auf globaler Ebene ein Beitrag zur Förderung alternativer Energien geleistet werden.

3. Sexismus und Diskriminierung

Sowohl in Korea als auch in Deutschland stellen Hasskriminalität und strukturelle Diskriminierung gegen sexuelle Minderheiten (LGBTI) nach wie vor ein ernstes Problem dar. Unter den Teilnehmer*innen des Juniorforums besteht Konsens darüber, dass in staatlichen Behörden und Schulen, aber auch in der Zivilgesellschaft und sozialen Netzwerken der Schutz und die Unterstützung sexueller Minderheiten sowie die Prävention der gegen sie gerichteten Gewalt systematisch auf- bzw. ausgebaut werden muss. Die Teilnehmer*Innen empfehlen deshalb, dass LGBTI-Fragen, begonnen bei der Grundschulausbildung, verstärkt Einzug in die Lehrpläne deutscher und koreanischer Erziehungseinrichtungen erhalten sollte. Darüber hinaus sollten Förderungen zur Weiterbildung von Beschäftigten im öffentlichen Dienst wie etwa Lehrkräfte oder Polizist*innen, bereitgestellt werden.

Ferner wird empfohlen, öffentliche Einrichtungen mit gesonderten Anlaufstellen und Fachkräften auszustatten, um entsprechende Unterstützung zu gewährleisten und Vertrauen zu schaffen. Kooperationen zwischen der Regierung und Nichtregierungsorganisationen müssen gestärkt werden, um den Sensibilisierungsprozess für LGBTI-Fragen in der Zivilgesellschaft zu fördern. Des Weiteren wird empfohlen das Monitoring von Hassreden ('hate speech') in den sozialen Netzwerken auszubauen, um homo- und transphobe Tendenzen in der Bevölkerung zu erfassen, auszuwerten und hierdurch bessere Präventionsstrategien entwickeln zu können.

Für Südkorea wird die Formulierung eines allgemeinen Anti-Diskriminierungsgesetzes für die Bereitstellung einer rechtlichen Grundlage zum Schutz sexueller und anderer Minderheiten empfohlen. Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland sollte LGBTI als Diskriminierungsmerkmal explizit ins Strafgesetzbuch aufnehmen, um sicherzustellen, dass Polizei und Justiz Straftaten aus diesen Beweggründen angemessen verfolgen kann.

4. Wirtschaftsdemokratie

Wir verstehen Wirtschaftsdemokratie als die Idee, grundlegenden demokratischen Prinzipien bei wirtschaftlichen Aktivitäten innerhalb von Unternehmen sowie in der nationalen und globalen Ökonomie (mehr) Geltung zu verschaffen. In diesem Kontext stellen die Teilnehmer*innen sowohl in der deutschen wie auch in der koreanischen Gesellschaft neben unzureichenden Mitbestimmungsrechten in Unternehmen insbesondere im Bildungssektor eine Chancenungleichheit fest. So stellt etwa der Zugang zu und die Finanzierung von Bildungsprogrammen eine zentrale gesellschaftliche Herausforderung in beiden Ländern dar, Chancengleichheit zu gewährleisten. Vor diesem Hintergrund empfehlen die Teilnehmer*innen für Korea die Etablierung staatlicher Finanzierungsprogramme in Form von Stipendien und Krediten – vergleichbar etwa mit dem deutschen BAFöG-Programm – sowie die Abschaffung von universitären Einschreibungsgebühren, der Reduktion von Studiengebühren um 50 Prozent sowie eine vollständige Gebührenbefreiung von Student*innen aus Familien mit niedrigem Einkommen.

Für Deutschland empfehlen die Teilnehmer*innen eine Reform des BAFöG von einem selektiven zu einem universalen System, um die Vergabe von Studienkrediten weniger abhängig vom Einkommen der Eltern zu machen.

Im Verhältnis zu den steigenden Lebensunterhaltskosten bewirkte die Einführung des Mindestlohns nur geringfügige Veränderungen. Insbesondere Menschen in irregulären Beschäftigungsverhältnissen wird die Chance auf ein lebenswertes Leben verwehrt. Aufgrund der Tatsache, dass die gegenwärtige Situation diese chronischen Ungleichheiten weiter reproduziert, vertreten wir die Meinung, dass die Arbeitsrechte aller Beschäftigten sichergestellt werden. Eine Abmilderung dieser ökonomischen Ungleichheiten wäre erreichbar durch eine Anhebung des Mindestlohns auf 10.000 Won in Korea und 10 Euro in Deutschland sowie eine Verpflichtung zur sozialen Absicherung der Arbeiter.

Wir freuen uns auf das nächste Deutsch-Koreanische Juniorforum 2018 in Korea.